

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

37

Mittwoch, den 15. Februar 1922

5. Jahrgang

Der Neupolnische Staat und die Kirchen.

Dr. G. v. Behrens.

„Unser Volk, das für seine Freiheit einsteht, darf den Oberhäuptern der Kirche keinesfalls Gebot schenken, da sie alle in gleichem Maße dem Absolutismus huldigen.“

Adam Mickiewicz.
(Trybuna Ludowa, Warschau, 1. April 1919.)

Der Neupolnische Staat hat das Glück, nicht aus Bürgern zu bestehen, die zu einem und demselben Glaubensbekenntnis gehören, wie es das westliche Europa des 19. Jahrhunderts und das Spanien eines Philip IV. einst gewesen, und wie es ein Bayern, ein Marokko, ein Griechenland oder ein Mexiko heute sind. Nein — Neupolen gleicht in seiner Mannigfaltigkeit dem in allen Farben glänzenden Regenbogen der Nationalitäten Konfessionen, Sekten und Kirchen und trägt damit die Merkmale an sich, die die zum Fortschritt befähigten modernen Staaten kennzeichnen: Amerika, Deutschland, Schweiz usw. Von je 100 Polen (im staatsrechtlichen Sinne dieser Bezeichnung) finden wir nur die Hälfte der Bürger, die ihren katholischen Glauben streng an den römischen Pontifex Maximus geknüpft, 20 griechische Christen oder Rechtsabkömmlinge (Braslawer) abhängig vom Moskauer Patriarchen und 2—4 unierter Evangelische her, hängt von Branten abgetrennt. Bestimmten, welche sich im kirchlichen Sinne noch immer zur Einheit mit dem Berliner Oberkonsistorium bekennen; außerdem noch nicht weniger als 9 Vertreter des Judentums, welche neuerdings wieder ihr religiöses Zentrum auf den Höhen Zion, im fernsten Galiläa, errichtet. Die übrigen 18 vom Hundert bestehen aus kleineren religiösen Gemeinschaften, angefangen von den Evangelisch-Lutherischen und Evangelisch-Reformierten in Russisch-Polen, den Katholisch-Helvetischen Galizien, den „Lutheranern“ Schlesiens, den Baptisten, den Herrnhutern, den Mennoniten, den Polakken, den Baptisten usw. bis auf die Anhänger der sich neu bildenden „Unabhängigen Katholischen Kirche Polens“ welche nichts von Rom wissen wollen und bis auf die „Liberalen“. Von diesen kleinen Gemeinschaften sind auch recht viele, welche ihren moralischen und materiellen Halt fast jeder außerhalb der Grenzen ihrer politischen Heimat suchen. Die erste Forderung der strengen protestantischen Gemeinschaften mit Nordamerika, Holland und Böhmen ist ja ebenso allgemein bekannt, wie die Abhängigkeit der „Braslawer“ von Moskau oder die der „Lutheraner“ von der Union Evangelischer von der Preussischen Landeskirche und — last not least — der streng galizischen Katholiken von ihrem in Italien wohnhaften geistigen Oberhaupt, dem — Statthalter Christi auf dieser Erde.

Wir sehen, daß in kirchlicher Beziehung unsere Heimat nur einen winzigen Bruchteil solcher Bürger aufweist, die bewußt und ausschließlich auf dem Boden der Heimat stehen. Der überaus größte Teil ist von zentrifugalen Bestrebungen erfüllt und rückt seine Blicke gen Osten, Süden und Westen; keineswegs aber begnügt sich die so buntfarbige Masse damit, verstreut ihre ganze Weisheit des kirchlich-liturgischen und kirchlich-administrativen Lebens bei den Welten Warschows zu suchen, die ihr religiöses Leben noch bürokratischen Mustern in jene chemischen Rechtsparagraphe hineinlegen wollen, die im Sejm, im Kultusministerium oder in den hohen Ratskammern der weitaus Kaiserlich-Russischen Majestät fabriziert wurden.

Das Leben ist eine, und die bürokratische Theorie ist etwas ganz anderes. So war es und so bleibt es. Und wer dies nicht versteht, der gerät für gewöhnlich einem unheimlichen Kinde, einem frisch geborenen „Wunderkinder“ oder auch einem böswilligen Tyrannen. Manchmal allen dreien zugleich. Und das Resultat seiner Tätigkeit ist recht oft: Staatszerstörung. Wer aber es nicht glaubt, der soll sich nur einmal den Befall des Reiches der Bolschewisten, des „Siegreichen“ Cäsars-Baptes ansehen. Ein „Bolschewismus“ — ein Aufstand der Bösewichter!

Moskauer Geschichte: es auch, daß derjenige, in dessen Händen sich die Fiktion der betreffenden Paragrafen befindet, ganz gut und richtig die Anforderungen des Lebens versteht, aber nur dann, wenn es sich um sein eigenes Fühlen, Denken und Handeln handelt. Sonst ist es jedesmal um Verlegenheiten genau dieselben Art eines Anderen, ist seine Weisheit zu Ende. Er ist nicht imstande, sich in das Denken, Fühlen und Handeln eines anderen hineinzuversetzen; er verdrängt ihn der schlimmsten Feinde, der schwärzesten Lügen und der gemeinsten Verleumdungen, weil es ihm eben nicht paßt, auf die fremden Verhältnisse Rücksicht zu nehmen.

Wir müssen es wohl zugeben, daß der Artikel 14 unserer Staatsverfassung dem wirklichen Empfinden der Religion (aber keineswegs

der absoluten) Mehrheit der Bürger Neupolens entspricht. Ich bin auch bereit, daran zu glauben, daß wenn man alle unsere Mitbürger römisch-katholischer Konfession vermittelst eines einheitlich durchgeführten Referendums (was heute natürlich kaum durchführbar ist) befragen möchte, ob sie es wünschen, den neuen polnischen Staat unter die besondere Oberhoheit des Statthalters Christi in Rom zu stellen, ganz Polen der heiligen Mutter von Genosha feierlich und offiziell zu weihen und die gesamten 27 000 000 Polen (im staatsrechtlichen Sinne dieser Bezeichnung) als einen jeden Israeliten, Russe, Deutsche und Latzere ein „Polen“ heißt mit einem jährlichen Kirchenzehnten zu verpflichten. St. Petri im Vatikan stündig zu beschenken — daß dann sicher die überaus größere Hälfte der 18 Mill. Katholiken Polens mit Entzücken diese Frage bejahen und ganz gerne auch diesen ihren Willen zum allgemeinen bindenden Gesetz erheben möchte. Wir können auch noch

*) Art. 14 lautet: „Das römisch-katholische Bekenntnis als die Religion der überwiegenen Mehrheit des Volks nimmt in der Staatsverfassung die Stellung unter den gleichberechtigten Bekenntnissen ein.“

Die römisch-katholische Kirche regiert sich nach eigenen Gesetzen. Das Verhältnis des Staates zur Kirche wird auf der Grundlage eines Abkommens mit dem apostolischen Stuhl festgelegt, das der Ratifizierung durch den Sejm unterliegt.

Beginn der polnisch-deutschen Verhandlungen in Genf.

Warschau, 14. Februar. Das Volksbüro berichtet: Die Leiter der verschiedenen deutschen und polnischen Unterkommisionen haben gestern die Verhandlungen aufgenommen. Die 11. Unterkommision für Minderheitenschutz war von deutscher Seite durch Unterstaatssekretär Bernold und von polnischer Seite durch Dr. Wasserberger vertreten; die 12. Unterkommision für zwischenstaatliche Organisation vertraten von deutscher Seite der ehemalige Minister Simons und von polnischer Seite Bronowski; die 7. Unterkommision für die Rechte der Arbeiter und der Arbeitervertratt von deutscher Seite Direktor Filler und von polnischer Seite Ingenieur Sokal.

In die letztgenannte Unterkommision werden wahrscheinlich die Vertreter der polnischen und deutschen Gewerkschaften berufen werden. An den Arbeiten nimmt ein Mitarbeiter des Präsidenten Salaber teil. Die industriellen Verhandlungen werden hauptsächlich von Stockhammer und polnischerseits von Kallier geführt. Alle übrigen Angelegenheiten sind bereits zum Abschluß gebracht worden. Es ist zu erwarten, daß auch die übrigen Angelegenheiten günstig erledigt werden.

Wünsche der Danziger Polen.

Danzig, 14. Februar. (Pat.) Hier fand eine Versammlung der Danziger Abteilung der Polnischen Nationalen Arbeiterpartei statt. Auf der Versammlung wurden einige Resolutionen angenommen. Die erste Entschließung wendet sich mit der Bitte an den polnischen Generalgouverneur sowie an die polnische Regierung und den Sejm um Eröffnung einer Zweigstelle des Arbeitsministeriums beim Danziger Generalgouvernement. Die zweite Resolution ersucht den Generalgouverneur Polens, bei der polnischen Regierung eine Forderung des Bestandes des polnischen Hafenrates und die Aufnahme eines Arbeitervertreters, den die polnische Organisation in Danzig vorschlagen wird, zu erwirken. Die dritte Entschließung verlangt von der polnischen Fraktion im Danziger Reichstag, darauf zu achten, daß die Optanten in Danzig sofort nach erfolgter Option das Gebiet der Freiheit verlassen, um den Danziger Arbeitslosen Erwerbsmöglichkeit zu schaffen.

Titaneen und Memel.

Wladimir des Direktors im Memeler Landesdirektorium Simonaitis. Memel, 14. Februar. Am Sonnabend trat der Direktor im Memeler Landesdirektorium Simonaitis zurück. Damit scheidet ein alter Vorkämpfer des Titaneen aus, der mit den verwerflichen Mitteln den Anschluß Memels an Groß-Litauen erstrebte. Es war er in den letzten Tagen mit Begründung der sogenannten Wirtschaftspartei, die einen bündnispolitischen Anschluß Memels an Litauen propagierte. Dem

erwarten, daß nach dem nächsten Wahlkampf, wo die nichtkatholische Hälfte der Bürger Neupolens nur recht wenige, wenn nicht gar nur einzelne Vertreter unter den künftigen 400 Sejmabgeordneten an ihrer Republik zur Verteidigung ihrer Interessen haben wird, daß dann einmal auch dieses im Sinne Roms positive Gesetz verwirklicht wird.

Einstweilen sehen wir schon recht zahlreiche und zwar in dieser kommenden kirchlich-politischen Richtung gehaltene administrative Vorschriften und Verordnungen. Die „Freie Presse“ hat viel und oft schreiben müssen über die Beschlagnahme von Hunderten von evangelischen Kantoren und Bisköpfen; vom Zwange der protestantischen und jüdischen Räder zur Teilnahme an römischen Gottesdiensten, wo ihre heiligen Gefühle von der Kanzel herab schändlich beschimpft wurden; von der Verdrängung Anbeter von Scholle, Amt und Kredit; usw.

Größe möchten wir auf einen reinen Fall der Lächerlichkeit unserer Regierung hinweisen, den wir den Spalten des Warschauer Blattes „Kurierska Tribuna“ (Nr. 32) entnehmen.

Ende Januar wurden bekanntlich alle Bischöfe der griechisch-katholischen Diözesen, die seinerzeit noch vom Moskauer Patriarchen eingesetzt wurden und die infolge des Rigaer Friedens an Polen gefallen sind, nach Warschau zu einer freien

Vorstände dieser Partei gehörte Simonaitis und sein vor Jahresfrist noch größter Feind, der seinerzeit viel von sich reden machende Aufwulst, an. Mit Hilfe dieser Partei trieb Simonaitis die Verhinderung der Memeler Bevölkerung auf die Spitze und arbeitete der Verwaltung entgegen, um so den Abschluß der Handelsverträge zu verhindern. Der Senat und die Handelskommission sprachen Simonaitis ihr Mißtrauen aus, worauf dieser zurücktrat.

Schutz der Privatinteressen in England.

Paris, 14. Februar. (Pat.) Die hier tagende Konferenz zum Schutze der Privatinteressen in England, unter Vorsitz Rouleus, an der sich 18 Länder beteiligten, ist mit dem Beschluß beendet worden, die Anerkennung Englands vom Erhalt gegebener realer Bürgerrechte abhängig zu machen die den Wiederaufbau industrieller Werke und die Ausbesserung der Schäden ermöglichen würden. Die Konferenz fordert die Regierungen auf, der hungernden Bevölkerung Englands durch Erteilung von Krediten, die sie als verloren ansehen müßten, oder durch Vorläufe an verlebene internationale oder nationale Institutionen zu Hilfe zu kommen.

Hilfe der italienischen Sozialisten für die Hungernden Rußlands.

Rom, 14. Februar. (Pat.) Gestern ist ein Schiff mit Lebensmitteln, Kleidung und anderen Wertgegenständen — insgesamt für 3 Millionen Lire — nach Rußland abgegangen. Es sind dies Spenden der italienischen Sozialisten für die Hungernden in Rußland.

Ein Fehlbetrag von 172 Milliarden.

Der deutsche Staatsbankrott 1918. Aus Berlin meldet W. L. Z.: Im Reichsrat teilte der Referent der Ausschüsse, Ministerialdirektor Eck, mit, daß der fünfte Nachtragsetat eine Mehrausgabe von insgesamt 9,7 Milliarden bringe, wodurch sich der Fehlbetrag für 1921 auf rund 172 Milliarden erhöhe. Hauptächlich handelt es sich um Beihilfen für Beamte in Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen. Ueber die Verteilung im einzelnen werde sich das Reichskabinett noch schlüssig werden. Mit Rücksicht auf die Lage des Reichsanzlers bei den Verhandlungen über den Abbruch des Eisenbahnerstreiks sei in den Ausschüssen die Ueberzeugung durchgedrungen, daß es nicht möglich sei, dieser Forderung die Zustimmung zu erteilen.

Französische Vorbereitungen für Genua.

Paris, 14. Februar. (Pat.) Gestern morgens fand hier der Kommissar des Rheingebiets und General Kollat eingetroffen, um an der Ministerkonferenz teilzunehmen, die am Mittwoch im Außenministerium stattfindet, um die letzten Fragen zu besprechen, die auf der Konferenz in Genua berührt werden sollen.

Ausfrage und Beratung“ über das künftige Verhältnis des polnischen Staates zur griechisch-katholischen Kirche einberufen. Die Beratungen fanden unter dem Vorsitz des von unserer Regierung zum „Erzogen“ beförderten ehemaligen Bischofs von Minsk statt, welcher sein in Genua bezeugtes gegenüber seit langem die Rolle eines Generalpräsidenten in seiner Art zu spielen übernommen hat. Infolge der scharfen Proteste des Bischofs von Minsk Panteleimon weigerten die meisten der Berammelten sich, die von der katholischen Staatsbeamten ausgearbeiteten von ihnen aber als unzulässig bekannten Gesetzesentwürfe (im Sinne des verabschiedeten „Gesetzes über“) zu unterzeichnen und durch ihre Autorität zu bekräftigen. Am 6. Februar wurde Panteleimon, welchem man die Widrigkeit nach Minsk verbieten sollte, in das Ministerium für Kultur und Aufklärung zitiert, wo ihm ein Schreiben nachstehenden Inhalts zur Unterzeichnung vorgelegt wurde:

„Ich verpforte mich hiermit, die vom Kultusministerium am 30. Januar 1922 erlassenen zeitweiligen Vorschriften über das gegenwärtige Verhältnis der Regierung zur griechisch-katholischen Kirche in Polen einzubringen und dieselben in dem mir angetrauten Munde eines Vorstehers der Pinski-Romogroßer Diözese voll und ganz anzuwenden.“

Da diese „zeitweiligen Vorschriften“ nicht anders dastehen, als die unter der Leitung eines römisch-katholischen Bischofs (Scheit) und seiner Beamten ausgearbeiteten oben erwähnten Gesetzesentwürfe, so hat der Bischof Panteleimon die Unterzeichnung abgelehnt, indem er darauf hinwies, daß die Vorschriften kanonische Fragen berühren, welche nur von der griechisch-katholischen Kirche entschieden werden könnten.

Daraufhin erhielt Bischof Panteleimon ein Schreiben nachstehenden Inhalts, u. a. m. aus einem Munde des Ministeriums für Kultur und Aufklärung, mit der Unterschrift des Ministerpräsidenten:

Ministerium für Kultur und Aufklärung, 30. Januar 1922, Nr. 698. An den Bischof Panteleimon. Die Ihnen vom Kultusministerium unter Nr. 6742 vom 17. September 1921 erteilten Bestimmungen betreffen Ihre Beteiligung als Berater des an Polen gesandten Teiles der Ministerialdiözese, werden im Einvernehmen mit dem Erzbischof Georgius vom heutigen Tage als für ungültig erklärt. Antoni Poniomski.“

Gleichzeitig wurde dem Bischof Panteleimon erklärt, daß er sich in ein Kloster zu begeben habe.

Also — Absagung. Das Einperrnen eines Kirchenfürsten in das Kloster aber ist seit jeher gleichbedeutend mit einer Gefängnisstrafe gewesen.

Wir wissen nicht, ob die Handlungsweise des so gemäßigten Bischofs Savoy als auch diejenige des zeitweiligen obersten Vertreters unserer Regierung von der ukrainischen Regierung wohlwollend betrachtet wird; und wir wissen auch nicht, ob das „Gesetz über die Russen Polens“ kanonisch so unannehmbar ist wie dasjenige, welches Warschau den evangelischen Deutschen vermittelst ihres Generalsuperintendenten im vorigen Jahre aufzudrücken wollte. Auch sind wir nicht dazu berufen in irgend welcher Weise die besonderen Interessen der griechisch-katholischen Kirche hierzulande zu vertreten. Als Gefühl für unsere Mitbürger jedoch, welche einer solchen Minderheit angehören wie wir Deutschen, dürfen wir wohl bekunden: Als gute Polen (im staatsrechtlichen Sinne) müssen wir mit tiefer Trauer abermals feststellen, daß auf dem Gebiet der Gefühle aller Minderheiten der freien Polnischen Republik unabhängige Hände in einer schmerzhaften Weise gehandelt haben. Gerade auf religiösem Gebiet empfehlen wir unsere jungen Regierung den größten Eifer und die peinlichste Vorsicht. Unsere Republik ist ein zu junger Organismus, unsere Regierung ist viel zu unerfahren und unsere internationale Lage und Reputation stehen zu uns so, als daß wir uns irgend etwas erlauben dürfen, was aus der Politik des ungeliebten Robbenzuges auch nur entfernt erinnert.

Polen soll ein freier demokratisch gestordeter Staat des XX. Jahrhunderts, nicht aber ein bürokratisch-katholischer Staat werden. Und fürwahr, es ist ein sehr schlimmes Zeichen für die Zukunft eines modernen Staates, dessen Baumeister sich nicht auf den Willen der breiten Masse seiner Bürger, sondern auf den persönlichen Ehrgeiz der Politik betreffenden Höfepriester zu stützen versuchen. — Eine unvollständige republikanische Regierung soll den Wünschen der wirklichen Mehrheit entsprechend regieren, — nicht aber sich zum Werkzeug einer (wenn auch realistisch) einzelnen Clique, oder Kirche herabwürdigen lassen.

Die Vorbesprechung der Sachverständigen.

Frankreich wählt Paris als Ort der Besprechung.

Wien, 14. Februar. (Pat.) Die Neue freie Presse meldet aus Paris: Der französische Botschafter in London erhielt die Weisung, dem englischen Außenministerium die Ansichten der französischen Regierung über die Konferenz der Sachverständigen mitzuteilen. Frankreich ist, entsprechend dem Übereinkommen in Cannes, mit dem englischen Vorschlag einverstanden. Es möchte die Konferenz jedoch lieber in Paris, nicht aber in London abgehalten sehen, wie dies England vorgeschlagen. Frankreich äußert weiterhin den Wunsch, dass Polen sowie die Staaten der Kleinen Entente zu den Beratungen gleichfalls eingeladen würden. Der französische Botschafter bemerkte, dass Frankreich eine baldige Antwort auf die Denkschrift Poincarés erwarte, da die Verständigung bezüglich der von Poincaré in seiner Denkschrift berührten Angelegenheit unabhängig von den Beratungen der Sachverständigen erfolgen müsse.

Kabinettskrise in China.

Peking, 14. Februar. W. Yen hat seine Ämter als Premierminister und als Minister des Auswärtigen niedergelegt. Die Regierung berief Wellington Koo, Sze und Wang aus Washington zurück, um ihren Bericht und ihre Ratschläge in der Angelegenheit des Fernen Ostens entgegenzunehmen.

Wellington Koo war der Hauptdelegierte Chinas in Washington und im Völkerbundsrat und gehörte zu den Delegierten, die die Genfer Entscheidung über Oberschlesien getroffen haben. Er dürfte jetzt einen wichtigen Regierungsposten in Peking übernehmen.

Lokales.

Bad, den 15. Februar.

Achtung vor den Behörden...

Der Ministerpräsident hat an die Zentralbehörden folgenden Rundschreiben erlassen:

Es kommt vielfach vor, daß Privatpersonen in Briefen, die an staatliche Ämter oder Behörden gerichtet werden, einen Ton annehmen, der mit der Würde des Amtes nicht im Einklang steht. Die Behörden sind nicht in der Lage, zu bringen, daß sie, der sogar eine Beleidigung für die Behörde oder ihre Organe darstellt. Viele Verfälle beweisen, daß in der Bürgerschaft, zum mindesten aber in einigen Schichten der Bevölkerung, solche Angriffe gegen die Behörden, die in der Öffentlichkeit bloßstellen, jedenfalls aber die Ausübung ihres Dienstes erschweren. Die Strafgesetze, die in den familiären Teilgebieten der Republik fest, enthalten Paragrafen, die Vergehen dieser Art gegenüber den Behörden als Straftaten gelten lassen, die von Amts wegen verfolgt werden.

In dem Rundschreiben wird den unterstellten Behörden aufgegeben, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, daß sämtliche beleidigenden Korrespondenzen von Privatpersonen unverzüglich der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung zu übergeben sind. Sämtliche staatlichen Behörden müssen nach diesem Rundschreiben den Grund für verfolgen, daß es im Interesse ihres Ansehens ihre Pflicht ist, jede Person, die in ihren Schriftstücken die Grenze der erlaubten Kritik des Vorgehens der Behörde überschreitet, ohne Rücksicht auf Person und Stellung gerichtlich zu belangen.

Eine beratende Bestimmung läßt sich lediglich aus Mentalität erklären. Was wohl der Ministerpräsident von den Übergriffen verschiedener Behörden, die in der Presse wiederholt zur Sprache gebracht wurden und deswegen der Staatsanwaltschaft gegen die verantwortlichen Schriftleiter Klagen einreichen zu müssen. Nach unserer Ansicht, die sicher von der gesamten Bevölkerung geteilt wird, ist es die erste Aufgabe des Ministerpräsidenten, Behörden zu schaffen, die sich dem Haupt-

organismus des Staates einfügen, die nicht, wie es bis jetzt häufig geschehen ist, selbständig Verfügungen und Verordnungen treffen, die mit der Verfassung im Widerspruch stehen.

Die oben zitierte Verordnung beweist aufs Neue, daß zur Sanierung der allgemeinen Verhältnisse immer wieder der falsche Weg eingeschlagen wird.

Neu von Ausländern nach Danzig. Das Innenministerium hat die ihm unterstellten Behörden beauftragt, Ausländerpässe, die zur mehrfachen Reise von Polen nach Danzig und zurück für die Dauer von 3 Monaten berechtigen, nur vorzulegen, die Konferenz jedoch, die in politischer Beziehung keinerlei Zweifel erwecken für ein solches Visum wird eine Gebühr erhoben, die dem Betrag für die Erlaubnis zu einem fünfmaligen Überschreiten der Grenze in beiden Richtungen gleichkommt, d. h. 20000 Mark.

Die Seuchenbekämpfung. Im Ministerium für Volksgesundheit ist eine Zusammenkunft der Direktoren der Ämter für Volksgeundheit bei den Wojewodschaften statt. Die Konferenz hatte die Angelegenheit der Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus, der venereischen Krankheiten und der epidemischen Krankheiten unter den Heimkehrern zum Zweck. Es wurde beschlossen: 1. Infolge der Vermehrung der epidemischen Krankheitsfälle in den Ortschaften, wo stärkere Epidemien herrschen, mehrere Spitäler zu eröffnen. 2. Die Zahl der Heimkehrerstationen zu vermehren. 3. Die Reinigung von Waggons und der Wohnhöfe durchzuführen. 4. Die ganze Aktion gegen die Epidemie dem Komitee zur Bekämpfung der epidemischen Krankheiten zu überlassen.

Ein Jahr Amerika. Im Zeitalter der Lebensmittel und Geldmengen aus Amerika ist ein Roman unter dem obigen Titel zur Zeit gemäß Amerika, das Land der Sehnsucht aller Europäer, wird in unserem Morgen beginnen. Der Roman ist äußerst interessant. Er wird behandelt, so daß nicht daran zu zweifeln ist, daß er unseren Lesern gefallen wird. Der Name des Verfassers: Arthur Rapp darf dafür.

Entscheidung von Landräuten in der Nähe von Koblenz. Auf der letzten Sitzung der Präsidien der Stadtverordneten der R. P. S. wurde beschlossen, sich an den Stadtrat mit einem Antrag zu wenden, der den Ausbau der Stadt und die Erweiterung des Stadtgebietes zum Ziele hat. Da noch soll der Magistrat mit der Sammlung des erforderlichen Materials und der Ausarbeitung der Ausbaurichtlinien beauftragt werden. Gleichzeitig soll der Stadtrat das Hauptlandschaftsamt von der Abfertigung der Stadt in Kenntnis setzen, nachstehend genannte Güter aufzulösen: Gemeinde Koon-Lua, Gut Sitawa, Eigentümer Geyer; Gut Stoll, Eigentümer Wolschowski; Gemeinde Radegow, Gut Jussanow-Mark, Eigentümer Seibel; Gemeinde R. zw. Gut Rzew, Eigentümer Jachow; Gemeinde Gohing, Gut Gohing, Eigentümer Rimmermann; Gemeinde Rombien, Gut Rombien, Eigentümer Galkert; Gemeinde Rapiemist, Gut Rapiemist, Eigentümer Richter; Gut Logow, Gut Logow, Eigentümer Seibel; Gemeinde Wokino, das Gut von R. z. und Nachtrag und das Gut von R. z. b. p.

Zehn Waggons Podzer Waren nach Russland. Wie wir erfahren, sendet die Firma Geyer dieser Tage zehn Waggons Waren nach Russland.

Gedächtnisfeier des Schneiders. Der Schneiderstreik wurde in sämtlichen Werkstätten endlich beendet. Die Meister haben ihre Forderung auf 50 prozentige Preiserhöhung der Löhne zurückgezogen. Das einzige Zugeständnis der Schneidergehilfen besteht darin, daß sie sich damit einverstanden erklären, in der sogenannten roten Saison in Ausnahmefällen für geringeren Lohn zu arbeiten.

Landwirtschaftlicher Lehrgang. Der Kreisamtschule veranstaltet am 23. 24. und 25. d. M. im Sitzungssaal des Stadtrats (Ratssaal 16) einen Lehrgang für Bau-, Pferde- und Schweinezüchter sowie Fütterung, Mästung und Tierheilkunde.

lieferungen seien, daß es gelte, sich selbst zu erlösen und die einzige Möglichkeit für sein Verbalten in seinem Gewissen sowie die einzige Richtschnur für seinen Glauben in seiner Vernunft zu finden. Doch da wurde er von der Waise geholt und angepöbel. Aristophanes verspottete ihn und beschimpfte ihn auf der Bühne, und Männer, die unparteiische Richter sein wollten, beschimpften ihn, die Jugend zu verführen, und verurteilten ihn zum Tode. Der Scherlingbecker verschaffte ihm einen verhältnismäßig leichten Tod. Doch Tod bleibt Tod!

Jesus Christus, eine weiche und schwärmerische Seele, die dem Satz unzugänglich war, predigte die Vergebung der Sünden, das Erbarmen mit den Unglücklichen und Unterdrückten und die Gleichheit aller armen Menschenkinder vor dem himmlischen Vater. Es waren das ganz neue Lehren, die ihn bestimmt gewesen waren, das Ansehen der Welt von Grund aus umzugestalten. Nun! Jesus Christus ist zu einem unumkehrlichen (menschlichen) Tode verurteilt worden! Obwohl noch ganz jung, wurde dieser gerade gütliche Mensch unter dem Beschluß einer barbarischen Menge halb als Meuterer, halb als Wahnsinniger aus Kreuz geschlagen.

Gallilei erfand und vollführte ganz wunderbare Dinge. Er erfand das Thermometer. Er erfand das Teleskop oder Fernrohr, das ihm er-

Sitzung des Hilfsausschusses für die Wolgadenutschen. Am Montag den 13. d. M., hatten sich im Lokal des B. D. P. etwa 30 Mitglieder des Hilfsausschusses versammelt. Um 8 Uhr 15 Minuten eröffnete Herr Otto Graß die Sitzung. Zum Schriftführer wurde Herr Emil Berbe berufen.

Der 1. Punkt der Tagesordnung bildete die Ergänzung des Vorstandes, der bisher nur aus dem 1. Vorsitzenden, Herrn Otto Graß, und dem 2. Vorsitzenden Frau Hedwig Hüffer, bestand. Eingewählt wurden: als 1. Schriftführer Fräulein Käthe Kesch, als 2. Schriftführer Fräulein Selma Richter, als 1. Kassier Herr Otto Krollitz, als 2. Kassier Herr August Jollak, als Beisitzer Herr Johann Schöffner und Fräulein Alma Jollak. Außerdem wurde beschlossen, daß die Vorsitzenden der einzelnen Unterausschüsse gleichzeitig dem Hauptvorstand angehören sollen.

Nun wurde zur Bildung der einzelnen Unterausschüsse geschritten. In den Ausschüssen für Waisenkindern wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Herr Josef Spickermann, als 2. Vorsitzender Frau Olga Weigelt, ferner Frau Martha Kade, Fräulein Lucy Kraisch, Herr August Franz und Herr Robert Widom. In den Unterausschüssen für Spendenabteilung wurden Herr Gustav Ewald als Vorsitzender gewählt; ferner gehören diesem Ausschuss an: Frau Hedwig Hüffer, Fräulein Käthe Kesch, Fräulein Emma Kuhlmann, Fräulein Käthe Kesch, Herr Karl Kähler und Herr Edmund Seibel. Frau Weigelt schlägt vor, einen Ausschuss für Mäharbeit zu bilden. Der Vorschlag wurde angenommen und die Damen Hüffer und Weigelt auf Antrag des Herrn Ewald einstimmig zu Leiterinnen dieses Ausschusses gewählt. Der weitere Ausbau des Ausschusses wird den beiden Damen überlassen. Auf Antrag des Herrn Ewald beschließt die Versammlung einen Sachverhalt zu berufen, der gleichfalls dem Hauptvorstande angehören soll. Gewählt wird für diesen Amt Herr Wilhelm Notard und als dessen Stellvertreter Herr Gustav Sommer. Herr Ewald schlägt die Not der Rückwärtigen in Groß-Papros, die er auf seiner Reise dorthin kennen zu lernen Gelegenheit hatte. Redner stellt den Antrag, der Ausschuss möge seine Hilfsbereitschaft auch auf die Deutschen in Groß-Papros erstrecken und einen Betrag für sie bestimmen. Der Antrag ruft eine längere Erörterung hervor, wobei von verschiedenen Seiten eingewendet wird, daß doch die Not in Groß-Papros nicht so groß sei, wie dies in Baranowitsch und Strzalkowo der Fall ist. Nach diesen Erörterungen werden von der Versammlung für Groß-Papros 200000 Mark und 4 Sach Kleidungsstücke bewilligt. Für die im Flüchtlingslager in Strzalkowo untergebrachten Wolgadenutschen wurden auf Antrag des Vorsitzenden, Herrn Graß, 500000 Mark und die erforderliche Anzahl von Kleidungsstücken angesetzt. Auf eine disziplinarische Bitte des Vorsitzenden erklärt sich Herr Schöffner bereit, sich nach Strzalkowo zu begeben, um dort einen Gottesdienst für die katholischen Deutschen abzuhalten.

Der Ausschuss beschließt noch, in allen deutschen Zeitungen einen Aufruf zur Spendenabteilung zu erlassen und diesen auch in der Form von Flugblättern zu verbreiten. Auf Antrag des Herrn Krollitz werden dem Vorstand noch 250000 Mark zur Verfügung gestellt, die in dringenden Fällen für die Hilfeleistung verwendet werden können. Nachdem beschlossen worden war, die Vollversammlungen des Hilfsausschusses mindestens einmal im Monat abzuhalten, wurde die Sitzung um 11 Uhr abends geschlossen.

Urteilsvollstreckung. Gestern um 12 Uhr 15 Minuten Mittags wurden auf dem Gefängnis in der Gasse 13 zwei Banditen (Pawel und Katalowski) erschossen, die seinerzeit den Ueberfall auf die Wohnung des Melchior Schubert verübt hatten und vorgestern vom Standgericht zum Tode verurteilt worden waren. Pawel wurde in

möglichst, bisher ungeahnte, unermeßliche Willen zu sehen und zu begreifen, welchen nebenhässlichen Tag unser Erdenplanet in dem weiten Weltall einnimmt. Doch die Menschen haben einen heiligen Schauer vor der Wahrheit. Gallilei muß vor dem triumphierenden Wahn die Knie beugen und schleipen als ein Blinder seine letzten Tage in Kerkerhöhlen dahin.

Michael Servetus (Miguel Servet), der ohne Vorgänger, ohne Lehrer begriffen hatte, daß das Blut in seinem Kreislauf von der Lunge zur rechten Herzhälfte durch die Lunge hindurchfließen mußte. Michael Servetus wurde verbrannt.

Saoranolas wurde verbrannt, verbrannt auch der heilige Johann Hus. Beide hatten die Kühnheit gehabt, Verworfenen eine reine Sittlichkeit zu predigen.

Lavoisier, der für sich ganz allein die beiden Sterblichen zugänglichsten schönsten Wissenschaften ins Leben gerufen hat, die gesamte Chemie wie die gesamte Physiologie, Lavoisier, dessen Name als der größte Name in der Naturwissenschaft betrachtet werden muß. Lavoisier ist zu Paris auf öffentlichem Platz durch das Gerstenkorn (die Guillotine) hingerichtet worden.

Demis Papin hat es mit ansehen müssen, wie sein Dampfboot von den Rheinschiffern aus Wat in Stücke geschlagen wurde.

Descartes, der wie Sokrates die Ähnlichkeit gehabt hat, von den Rechten der menschlichen

der Nacht vor seiner Hinrichtung mit seiner Braut getraut. Der 19jährige Rajmierz Jekonski, der gleichfalls zum Tode verurteilt worden war, ist im letzten Augenblick vom Staatschef begnadigt worden. Es steht ihm also lebenslangiges Gefängnis bevor. Der Angeklagte nahm die Nachricht von der Begnadigung ruhig entgegen.

Die Verwaltung der Bodzer freiwilligen Feuerwehr. Wir bringen heute durch unsere Vermittlung, die Beträge für noch nicht bezahlte Eintrittsarten zum Masfenball zu Gunsten der Invalidenliste der Feuerwehr einzuzahlen. Gleichzeitig bittet die Feuerwehr um Vorlage der Rechnungen bezüglich des Masfenballs, da die Beträge sonst als Spenden zugunsten der Invalidenliste angesehen werden. Die Kasse der Feuerwehr ist täglich von 9 bis 4 Uhr nachm. geöffnet.

Die Preise der Patente. Wir bringen heute die Grundpreise der Gewerbescheine für das Jahr 1922. Nach Hinzurechnung der Abgaben für die Stroh und das Schmelzen betragen die endgültigen Preise derlei: 1. für Handelsunternehmen: 1. Kategorie 355 900 Mark, für deren Räumlichkeiten 35 690 M.; 2. Kat. 112 875 M., für deren Räumlichkeiten 11 288 M.; 3. Kat. 30 000 M., für deren Räumlichkeiten 3000 M.; 4. Kat. 6375 M.; 5. Kat. a) für den Handel 11 250 M., b) für den Hausierhandel 3750 M.; II. für industrielle Unternehmen: 1. Kat. 287 500 M., 2. Kat. 189 750 M., 3. Kat. 65 450 M., 4. Kat. 28 250 M., 5. Kat. 10 350 M., 6. Kat. 6900 M., 7. Kat. 3300 M., 8. Kat. 1200 M. Die Frist der Lösung der Patente läuft am 31. März d. J. ab. Bip.

Erziehungsanstalten für Kinder. Da den Bedürfnissen der Abteilung für soziale Fürsorge wird ein Erziehungsheim für Knaben bis zu 14 Jahren und ein Heim für Knaben über 14 Jahre für 60 Plätze eröffnet werden. Auch für Mädchen bis zu 14 Jahren wird eine Erziehungsanstalt und ein Heim errichtet werden. Die genannten Anstalten werden Waisen und Halbwaisen aufnehmen, die keine Verwandten haben oder deren Familie keine hinreichende Garantie für eine entsprechende Beaufsichtigung des Kindes bietet. Im Zusammenhang damit wird eine Bereitschaft für Kinder errichtet werden, wo dieselben nur eine gewisse Zeit bis zur Prüfung aller sie betreffenden Angaben verbleiben sollen. Bip.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung leitete der Vorsitzende Remiszewski.

Nach Beilegung der Berichte, ergriff Stadtrat Kapalski das Wort und erklärte hinsichtlich des Botschaftlichen Spruchs, daß noch abgehaltener Bericht, keinerlei Resultat zu erzielen war.

Stadtrat Helmann bemerkte, daß das Spital gegenwärtig erneuert und bald wieder geöffnet werden wird.

Sodann wurde die Bitte der Wojewodschaft, 28 Personen als Delegierte zu 14 Polizeikommissionariaten für gesundheitliche Angelegenheiten zu wählen, verlesen.

Stadtrat Helmann erklärte hierzu, die Delegierten müßten den ganzen Tag über tätig sein und schlug vor, eine Kommission, die auch aus Hausbesitzern besteht, zu berufen, die ehrenamtlich tätig sein müßten.

Der Vorsitzende beantragte die Bildung der Kommission der Abteilung für öffentliche Gesundheit anzuerkennen und die Abordnung derselben, dem Ratessensat.

Stadtrat Kötchen erklärte, daß die Hausbesitzer an den gesundheitlichen Angelegenheiten der Abteilung schuld seien.

Präsident Remiszewski äußerte sich gleichfalls gegen die Auflösung der Hausbesitzer, da diese mit Hilfe der Mithreinerung der Stadt das Mietschuldverhältnis ändern wollen.

Stadtrat Kapalski erklärte sich überhaupt gegen die Wahl einer Kommission, da diese keine Vollzugsgewalt besitzen würde. Stattdessen die Regierung möge die Reinigung der Stadt

Brunst zu fassen, hat sein Vaterland stehen und in der Fremde sterben müssen. Sojuz, ein geistlicher, vermöglicher Denker, ist bis Ostpreußen verfolgt worden. Der wandernde aller französischen Schriftsteller Victor Hugo lebte zwanzig Jahre in der Verbannung. Der erhabene spanische Schriftsteller Cervantes hat die Hälfte seines Lebens in den Bagno und in den Gefängnissen zugebracht. Die Leiche Molieres wurde auf den Schindanger geworfen. Einer der erhabensten alten römischen Dichter ist zu einer langen Verbannung bei den Barbaren verurteilt worden. Anna Chenier wie Euripides sind auf dem Schaffot gestorben. Chatterton stand den Hungertod. Voltaire, Sylvio Pellico, Mickiewicz haben gleichfalls Kerker und Verbannung kennen gelernt. Seneca sah sich gezwungen, sich selbst das Leben zu nehmen. Ein betrunkenen Soldat tötete ihn. Auch Demosthenes und Cicero wurden durch die Soldateska ermordet.

Es ist das nur eine äußerst unvollständige Aufzählung...

Das ist der Bohn, der den edelsten Vertretern der Menschheit von ihren Mitmenschen für die ihnen erwiesenen guten Dienste in Aussicht stellt. Je unbedeutender und beschränkter die Menschen sind, um so mehr verfolgen sie die mit ihrem Dasein, die als Zealiten an der Aufklärung und an dem Fortschritt der Menschheit arbeiten.

Das ist der Bohn, der den edelsten Vertretern der Menschheit von ihren Mitmenschen für die ihnen erwiesenen guten Dienste in Aussicht stellt. Je unbedeutender und beschränkter die Menschen sind, um so mehr verfolgen sie die mit ihrem Dasein, die als Zealiten an der Aufklärung und an dem Fortschritt der Menschheit arbeiten.

Das ist der Bohn, der den edelsten Vertretern der Menschheit von ihren Mitmenschen für die ihnen erwiesenen guten Dienste in Aussicht stellt. Je unbedeutender und beschränkter die Menschen sind, um so mehr verfolgen sie die mit ihrem Dasein, die als Zealiten an der Aufklärung und an dem Fortschritt der Menschheit arbeiten.

Das ist der Bohn, der den edelsten Vertretern der Menschheit von ihren Mitmenschen für die ihnen erwiesenen guten Dienste in Aussicht stellt. Je unbedeutender und beschränkter die Menschen sind, um so mehr verfolgen sie die mit ihrem Dasein, die als Zealiten an der Aufklärung und an dem Fortschritt der Menschheit arbeiten.

Das ist der Bohn, der den edelsten Vertretern der Menschheit von ihren Mitmenschen für die ihnen erwiesenen guten Dienste in Aussicht stellt. Je unbedeutender und beschränkter die Menschen sind, um so mehr verfolgen sie die mit ihrem Dasein, die als Zealiten an der Aufklärung und an dem Fortschritt der Menschheit arbeiten.

Das ist der Bohn, der den edelsten Vertretern der Menschheit von ihren Mitmenschen für die ihnen erwiesenen guten Dienste in Aussicht stellt. Je unbedeutender und beschränkter die Menschen sind, um so mehr verfolgen sie die mit ihrem Dasein, die als Zealiten an der Aufklärung und an dem Fortschritt der Menschheit arbeiten.

Die Großen der Menschheit.

Von Charles Richet.*)

In jener Inedlichen, verblenden und unwissenden Masse, wie sie die Menschheit von jeher gemessen ist und wie sie noch geraden die Menschheit von heute ist, haben ab und zu ein paar Intelligenzen, die ruhig und lässig der Zukunft voraneilen, neue Wahrheiten entdecken und die Gerechtigkeit lieben, wie mütterliche Funken hineingeschleudert und damit das Dunkel einer tiefen Nacht doch mindestens erhellt. Diese durch ihre Kühnheit wie durch ihr Genie gleich großen Wohlthäter der Menschheit sind doch wohl offenbar von ihren Zeitgenossen ihren Verdiensten entsprechend belohnt worden?

Sehen wir, was uns die Geschichte darüber lehrt.

Sokrates, der Weiseste der Welt, hatte den Mut, inmitten eines blühenden Heidentums zu behaupten, daß die alten mythischen Götter und Götzen nur lächerliche und abergläubische Ueber-

*) Aus dem Manuskript des demnächst auch in deutscher Sprache erscheinenden neuen Werkes des französischen Naturphilosophen und Mediziners Charles Richet: „Die Welt der Zukunft“. Die Welt der Zukunft. Herausgegeben von Dr. Adolf Berger, Berlin.

